

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

4.7.1865 (No. 155)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 4. Juli.

N. 153.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Dreierträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. n. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitspalt oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 3. Juli

Durch Allerhöchste Ordre vom 1. d. M. wird dem in den Ruhestand versetzten Gendarmerie-Divisionskommandanten, Major Dettinger, der Charakter als Oberstleutnant ertheilt, mit der Erlaubniß, die Uniform der Gendarmerieoffiziere fernerhin zu tragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 3. Juli. Nachdem Seine Königliche Hoheit der Großherzog vorigen Samstag, von Baden kommend, Ihre königliche Hoheit die Frau Großherzogin Sophie, höchstselbst in Folge einer Erkältung sich in ärztlicher Behandlung befindet, besucht hatte, traf höchstselbst heute abends um 10 Uhr 37 Minuten dahier ein, verfügte sich sofort in das Palais seiner durchlauchtigsten Frau Mutter, und kehrte nach Erledigung einiger weiteren Geschäfte heute Nachmittag 2 Uhr nach Baden zurück.

Frankfurt, 1. Juli. Aus den Verhandlungen der heutigen Bundestags-Sitzung theilen wir Folgendes von allgemeinerem Interesse mit: Zur Anzeige kam zunächst eine Mitteilung des Vorsitzenden der Kommission für Ausarbeitung eines Entwurfs eines deutschen Obligationenrechts, wonach die Kommission die erste Lesung beendet hat, und im Oktober l. J. zur zweiten und Schlußlesung wieder in Dresden zusammentreten wird. — Von Seite Oesterreichs wurde die Beschickung der Kommission für Einführung gleichen Maßes und Gewichtes durch Hrn. Ritter v. Ettinghausen angezeigt. — Nach Erledigung einiger weiteren Gegenstände von nur geringem Interesse (Verweisung eines Antrags von Frankfurt in Betreff seiner Bundesstruppen an den Militäranspruch, Bewilligung für die Einrichtung eines Kurplatzes der Bundesbesatzung, Festungsbauwesen u.) erstattete der Ausschuss für Vollziehung des Art. 14 der Bundesakte in Gemeinschaft mit der Reklamationskommission Bericht über die mehrerwähnte Eingabe des Hrn. v. Preusschen wegen verweigerter erblicher Standhaftigkeit im Herzogthum Nassau und beantragte, demselben eröffnen zu lassen, daß 1) die ganz ungelungene Form seiner jüngsten Eingabe „mit Bedauern und Mißfallen“ bemerkt worden sei, und daß 2), da seine bisherigen Eingaben durch den Bundesbeschluß vom 18. Mai erledigt seien, weitere Nachträge zu denselben einjährig ad acta genommen werden würden. Die Anträge wurden zum Beschluß erhoben.

Frankfurt, 2. Juli. Während auf der einen Seite verlautet, die Bundestags-Ferien würden bereits am 20. d. beginnen und bis zum 20. Sept. andauern, heißt es auf der andern, es sei noch keineswegs sicher, ob dieses Jahr „Ferien“ überhaupt beschlossen werden würden, oder ob man nicht lieber die Verhandlungen auf 3 bis 4 Wochen bloß unterbrechen solle. Die letztere Ansicht wird, wie wir hören, namentlich von Bayern vertreten. Indessen ist es Thatsache, daß Einige der Hh. Gesandten Krankheits halber auf ärztliches Gebot die Bundesstadt verlassen müssen oder schon verlassen haben (wir erwähnen die Hh. Breidbach-Bürresheim, v. Meinhard, Dr. Krüger, Eisenbecher u. s. w.), während bei Anderen eine Luftveränderung oder Erholungsreise wenigstens angerathen ist. Auch von den auswärtigen Gesandten wird der größere Theil Frankfurt verlassen; die Hh. v. Sternberg (Rusland) und Reculet (Frankreich) sind schon fort, der Erstere in Schlangenbad, der Letztere in Wiesbaden. — Ausgesprochen wird Hr. Legationsrath Dr. Leberluch aus Oldenburg in unserer Stadt, der für den Verfasser der „oldenburgischen Denkschrift“ gilt. — Graf Kayserling, bisher im preussischen Ministerium des Aeußern angestellt, ist seit kurzem als zweiter Sekretär in die preussischen Bundestags-Gesandtschaft eingetreten; ein Hr. v. Wöllwarth wird Attaché bei derselben Gesandtschaft werden.

Stuttgart, 2. Juli. Die Zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung zuerst mit einer die Notare betreffenden Nachhergenz. Es war für dieselbe zuerst eine Besoldungszulage von je 50 fl. jährlich in Aussicht genommen, dieselbe später aber, um sie mit anderen Beamten gleicher Kategorie, z. B. mit den Revierförstern, gleichzustellen, auf 100 fl. erhöht worden. Die Mehrheit der Kommission sprach sich für Verwilligung aus, eine Minderheit wollte es aber bei den früheren 50 fl. belassen. Nach längerer Debatte wurde der Mehrheitsantrag mit 38 gegen 32 Stimmen angenommen, und somit die 100 fl. Zulage verwilligt. — Wegen längerer Dauer des jetzigen Landtags wurden weitere 63,329 fl. 14 kr. für die landständische Sustentationskasse verwilligt, über die früher schon für 1864/67 verwilligten Beträge. Dagegen wurde eine Erlangung von 260,000 fl. abgelehnt, welche zur Verbesserung, beziehungsweise Erneuerung der Gebäulichkeiten der Kammer der Standesherrn dienen sollten, nämlich 160,000 fl. für Neubau u. s. w. eines Saals dieser Kammer, und 100,000 fl. für Beschaffung neuer Gebäulichkeiten für das I. Kammeramt, an dessen Stelle der

neue Saal der Ersten Kammer gebaut werden solle. Zwar wurde allseitig anerkannt, daß der jetzige Saal, der eigentlich nur ein großes Zimmer ist, durchaus ungeeignet für die öffentlichen Sitzungen einer Kammer ist, allein auf der andern Seite wollte man jetzt Angesichts der Revision der Verfassung keine Neubauten vornehmen, und deshalb beschloß die Kammer, auch die Anträge ihrer Kommission abzulehnen, welche darauf gerichtet waren, die in einer früheren Etatsperiode schon verwilligten 100,000 fl. zu neuen Kanzlei-Gebäuden für die Zweite Kammer jetzt zu verwenden, so nothwendig auch dieser Bau eigentlich wäre. Man will mit Allem warten, bis über die Verfassungsrevision entschieden ist, welche für den kommenden Landtag in Aussicht steht, um dann vielleicht ganz neue ständische Gebäude für beide Kammern zu errichten. Ueber den Antrag Hölder's auf Verfassungsrevision wird indes schon nächsten Dienstag beraten, indem der diesfällige Bericht über den ersten Theil seines Antrags auf die Tagesordnung gesetzt wurde, in Verbindung mit dem Antrag des Abg. Schott auf geheime Stimmgebung bei Abgeordnetenwahlen.

München, 1. Juli. Verhandlungen der Abgeordneten-Kammer vom 30. Juni.

Zunächst beantwortet der Kultusminister die neuliche Interpellation des Abg. Streit bezüglich der Restauration in der königl. Pinakothek. Die Regierung habe keineswegs das Bettendorfer'sche Regenerationsverfahren, wie Interpellant glaubt, außer Augen gelassen, sondern denselben von Anfang an die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Nachdem eine Kommission nach wiederholten Versuchen und Prüfungen sich für die Zweckmäßigkeit desselben in anerkennender Weise ausgesprochen und dasselbe als eine rationelle Grundfrage fünfjähriger Gemälde-Restauration erklärt, habe die Regierung bereits in einer von derselben Kommission vorgeschlagenen Reihenfolge mit der Restauration der öffentlichen Gemäldesammlungen begonnen und ist gefonnen, dasselbe Verfahren in Zukunft nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und unter Leitung des Prof. Bettendorfer in noch ausgebehntem Maße anzuwenden. Ueberdies befaßt sich die Regierung vor, am nächsten Landtag ein eigenes Postulat für diesen Gegenstand einzubringen.

Abg. Kolb referirt über die verschiedenen Anträge wegen Erbauung von Eisenbahnen. Abg. Krämer beantragt, den König zu bitten, an den nächsten Landtag eine Vorlage über ein vollständiges Eisenbahn-Netz, sowie über die zu erfordern den Anschließung zu lassen. Ein königl. Regierungskommissär hält die Herstellung eines Eisenbahnnetzes für sehr schwierig, da die Regierung Angesichts von fast 70 ihr vorgelegten Gesuchen um Eisenbahnen sich die Hände nicht binden könne, zumal da von allen den Projekten höchstens 7 bis 8 zur Ausführung gelangen können.

Aus dem Bericht des Abg. Kolb beigegebenen Ueberblick des Standes der Eisenbahn-Arbeiten in Bayern geht Folgendes hervor: Ueber die Fälligkeit der Bahnlinie durch den Ingolstädter Festungsrath und die Anlage des Bahnhofes in Ingolstadt finden noch Verhandlungen mit den Militärbehörden statt. Bezüglich der Bahn von München in östlicher Richtung an die bayerisch-österreichische Grenze kann zur Detailprojektirung erst übergegangen werden, sobald Gewissheit vorliegt, daß die im Eisenbahn-Gesetz von 1863 primär bestimmte Linie über Würzburg und Neuburg nach Einbach und bzw. Braunau auf österreichisches Gebiet über Wies zum Anschluß an die Kaiserin-Elisabeth-Bahn bei Neumarkt fortgesetzt werden wird, was sich nunmehr in nächster Zeit entscheiden muß. Die Bahnstrecke Freilassing-Neichenhall soll bis zum Sommer nächsten Jahres vollendet werden. Die Bahn von Oberhofen über Riß nach Eger ist so weit vorgeschritten, daß die Eröffnung noch in diesem Herbst stattfinden kann. Die Bahnstrecke von Würzburg bis an die bairische Grenze bei Kirchheim ist in der Ausführung begriffen und soll bis Oktober 1866 vollendet sein. Ueber die Herstellung einer unmittelbaren Verbindung des bayerischen Eisenbahn-Netzes mit den Schweizer Bahnen finden zur Zeit Verhandlungen mit den betreffenden Regierungen statt, und kann nach Abschluß des beglücklichen Staatsvertrags sofort zu den Vorbereitungen zur Ausführung der Bahnstrecke von Lindau bis an die bairisch-österreichische Landesgrenze übergegangen werden. Die Eröffnung der Linie von Rittersheim bis Eger (Südbahn) wird für diesen Herbst in Aussicht genommen. Die Hamburg-St.-Ingber-Bahn soll im Jahr 1866 vollendet werden. Die Eröffnung der festen Rheinbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim soll wo möglich mit der Vollendung der Heilbrunn-Würzburger Bahn bewerkstelligt werden. Für die Donnersberger und die Dürkheim-Mannheimer Bahn werden jetzt die Detailpläne ausgearbeitet. Wegen Fortsetzung dieser zwei Bahnen in nördlicher Richtung über Alzen nach Mainz, bzw. Bingen ist der Abschluß eines Staatsvertrags mit der groß. hessischen Regierung erforderlich und bereits eingeleitet. Für die Alsenzthal-Bahn ist zwar das Bauprojekt ausgearbeitet, ein Vorgehen aber noch dadurch gehindert, daß der Anschluß an die Rhein-Nahe-Bahn bei Mülheim am Stein nicht gesichert ist. Sofern die Donnersberger Bahn früher zu Stande kommt, würde die Alsenzthal-Bahn auf die Strecke von Winnweiler nach Kreuznach sich beschränken. Für die Deggenhörn-Plattlinger Bahn, die sich als Zweigbahn an die bayerische Ostbahn anschließt, wurde im Februar d. J. eine besondere Aktiengesellschaft konstituiert, welche das Aktienkapital von 300,000 fl. bereits angebracht, sich förmlich konstituiert, und die Einleitungen zur Bauausführung getroffen hat; der Bau soll noch im Jahr 1865 vollendet werden.

Kassel, 1. Juli. (Fr. J.) Der Landtag ist nach neunmonatlicher Thätigkeit nicht geschlossen, sondern nur vertagt, und zwar vertagt worden, ohne daß vorher noch die Vorlage eines Verkoppelungsgesetzes erfolgt wäre. Der Landtag wird also in spätestens 3 Monaten aufs neue zusammentreten.

Kassel, 1. Juli. (Fr. J.) In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung verlas der Landtags-Kommissär eine Eröffnung der Staatsregierung, um die Gründe darzulegen, durch welche die Ausführung des Bebra-Honauer Bahnbaues seither wider Erwarten verzögert worden sei.

Abg. Bromm brachte hiernach abermals die Frankfurter Angelegenheit zur Sprache. Der Bauplan sei immer noch nicht genehmigt; eine Frankfurter Deputation, die hier angekommen, sei vom Landesherrn gar nicht angenommen worden. Warum aber genehmige man den Plan nicht? Hier sei man versucht, zu erklären, die Menschlichkeit habe aufgehört. Man beschloß Befürwortung des Gesuches bei der Staatsregierung. Abg. Trabert referirte hiernach Namens des Verfassungsausschusses über die Petitionen mehrerer Gemeinden, die Befreiung von der Last verlangen, durch fernere Befolgung ihres abgewählten Ortsvorstandes doppelte Bürgermeister-Gehalte zahlen zu müssen. Der genannte Abgeordnete begründet in dieser Beziehung den Ausschub-Antrag: „Hohe Ständeversammlung wolle beschließen: unter Mittheilung der vorliegenden Gesuche an hohe Staatsregierung der letztern gegenüber sich bereit zu erklären zur Verwilligung derjenigen Geldmittel, die erforderlich sein würden, um die an die in Folge des Gesetzes vom 15. Mai 1863 abgewählten Ortsvorstände fortzuzahlenden Gehalte auf die Staatskasse zu übernehmen, womit zugleich das Ersuchen verbunden werde, hohe Staatsregierung wolle den Ständen baldmöglichst die entsprechende Vorlage machen.“ Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. (Nur eine Anzahl ritterschaftlicher Abgeordneter stimmte dagegen.) Auf Denhard's Antrag, den Falkenheimer unterstützte, wurde dann auch noch beschlossen, wiederholt und dringend die Vorlage eines Schulgesetzes zu verlangen. Der Landtags-Kommissär erklärte hiernach kraft allerhöchsten Auftrags, unter der Versicherung landesherrlichen Wohlwollens, den Landtag für vertagt. Präsident Reibthau: Er danke der Versammlung für ihre seither bewiesene Hingabe an die Interessen des Landes und für die Langmuth, die sie dabei bewährt habe. In letzterer Zeit sei wohl von Seiten der Staatsregierung Einiges gefördert worden, Vieles und Wichtiges aber noch immer nicht zur Vorlage gekommen. Keine neue Gewerbeordnung, kein Verkoppelungsgesetz, kein Schulgesetz. Wäge die Staatsregierung diese Sachen während der Vertagung zu fördern verstehen und dann auch die volle Wiederherstellung des Verfassungsrechtes zur Wahrheit werden lassen, damit man endlich wieder unbelkommenen Herzens sagen könne: Gott segne das Vaterland.

Saarbrücken, 25. Juni. Der „Elsfeld. Bzg.“ zufolge hat die französische Ostbahn-Verwaltung mit der preussischen Regierung unterm 14. d. M. einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Ausführung einer Eisenbahn von Saarbrücken über Saargemünd, Wittich, Niederbromm und Haggenau gesichert ist.

Dresden, 1. Juli. Das „Dresdner Journ.“ widerlegt die Zeitungsnachrichten, denen zufolge Sachsen wegen dynastischer Beziehungen einen Handelsvertrag mit Italien zurückweisen wolle. Die nach Berlin erlassene sächsische Depesche erörtert die materielle Seite der Frage eingehend und erenne die Wichtigkeit derselben vollständig an, bemerke jedoch, daß eine befriedigende Lösung nur herbeizuführen sei ohne alle Verbindung mit der politischen Seite der Frage, deren geistliche Voranstellung nur die Erledigung der materiellen Frage erschwere und verzögere.

Hannover, 1. Juli. Man schreibt der „Köln. Bzg.“: Die Regierung hat dem Entwurf eines Handelsvertrags, welcher von einigen süddeutschen Staaten im Namen des Zollvereins mit der Schweiz vereinbart worden ist, ihre Zustimmung versagt. Sie wird indessen der Anwendung des gegenwärtigen Zollvereins-Tarifs bei dem Verkehr mit der Schweiz ihre Genehmigung ertheilen, wenn die Schweiz den Zollverein auf dem Fuß der meistbegünstigten Nationen behandelt. In der Angelegenheit wegen Abschluß eines Handelsvertrags mit Italien vertritt Hannover wie Sachsen und Bayern die Ansicht, daß die Anerkennungsfrage am Bunde zum Austrag gebracht werden soll, und hofft, daß Italien auch ohne Anerkennung auf einen Handelsvertrag mit dem Zollverein eingehen werde. Für die beim Abschluß dann zu befolgende Methode ist das Verfahren vorgeschlagen, welches bei der Vereinbarung über die Ablösung des Seldelzolls zur Anwendung kam.

Schleswig, 28. Juni. Das neueste Regierungsblatt enthält u. A. eine Bekanntmachung des Generalleutnants v. Canstein, aus welcher hervorgeht, daß das Lager, welches von den preussischen Truppen in den Herzogthümern auf der Lockstädter Halbe bezogen werden soll, ungefähr 9000 Mann umfassen und vom 1. bis 30. August zusammenbleiben wird.

Berlin, 1. Juli. Der „Staatsanz.“ enthält in seinem nichtamtlichen Theil folgende Note: Mit Rücksicht auf die Nachrichten, welche über Neuzerungen des Eröpringen von

Augustenburg in Betreff seiner Unterredung mit dem Präsidenten des Königl. Staatsministeriums am 1. Juni v. J. verbreitet worden, sind wir in den Stand gesetzt, die nachfolgende Aufzeichnung zu veröffentlichen, welche der Letztere gleich nach der Unterredung auf Befehl Sr. Maj. des Königs aufgesetzt hat.

Unterredung mit Sr. Durchl. dem Erbprinzen von Augustenburg.

Ich hatte gehofft, den Erbprinzen von Augustenburg in der Stimmung zu finden, unsere sehr mäßigen Forderungen dankbar zu acceptiren, und kam ihm in diesem Sinn entgegen, als er mich am 1. d. M. Abends gegen 9 Uhr, besuchte.

Ich sagte, wir wünschten eine Verständigung mit ihm für den Fall, daß wir seine Ansprüche zu allseitiger Anerkennung zu bringen vermöchten. Unser Hauptinteresse sei das deutsche, nicht das dynastische; möglichst große Abtretungen von Dänemark; daß wir unsere Bemühungen ihm zu widmen bereit wären, unter den Bedingungen, welche die Rücksicht auf das eigene Volk erheische, vor das wir nach einem blutigen Feldzug nicht mit leeren Händen hintrreten könnten.

Er fragte, welches unsere Forderungen seien.

Ich bezog mich auf die sechs Punkte in dem Brief an Sr. Maj. den König, indem ich hinzufügte, sie ließen sich vielleicht vereinfachen, „Marineetablissemens“ und „Besichtigungen“ zusammenziehen in Gestalt eines Schiffsfahrts-Kanals von Eckernförde nach Brunsbüttel mit zwei besetzten Endpunkten an beiden Meeren; eine technisch-militärische Frage sei, ob das besetzte Eckernförde den kostspieligen Bau noch einer Bundesfestung bei Rendsburg ersetzen könne.

Hinzuzufügen hätte ich nur:

1) daß für den Fall die beabsichtigten Etablissements als Bundesinstitutionen nicht rechtzeitig zu Stande zu bringen wären, der Herzog sich bereit erkläre, die bezeichneten Endpunkte des Kanals an Preußen zu überlassen, nach Analogie des Zahdeufens, in welchem Fall wir uns dann mit dem Bunde über das Gesamtsystem des Küstenschutzes verständigen würden; ebenso das Aufsichtrecht über den Kanal, nach Analogie einer Staats-Eisenbahn;

2) eine Militärkonvention, eine Marinekonvention einschließend, so daß die Zahl der zur preussischen Flotte zu stellenden Mannschaften von dem Landcontingent in Abzug käme.

Der Erbprinz machte in allen Punkten Schwierigkeiten.

Das Aufsichtrecht über den Kanal sei ihm in seiner Ausdehnung nicht klar.

Landabtretungen an Preußen werde er vor dem Landtag schwer verantworten können. Jedenfalls müßten dieselben gering und genau begrenzt, und vorher annehmbare Grenzen der Herzogthümer gesichert sein. Als solche bezeichnete er die Linie der Gjenner Bucht.

Ich drückte meine Verwunderung aus, da er doch bereit gewesen sei, Glückstadt mit einem dem Hamburger Landgebiet entsprechenden Areal abzutreten.

Der Erbprinz bestritt jed. Kenntnis eines solchen Plans, war erstaunt über eine so große Abtretung; das Hamburger Landgebiet betrage mehrere Quadratmeilen. Er müsse auch wissen, ob bei Eckernförde etwa die Stadt gemeint sein solle, oder ein ungebauter Fied; welches die Größe sei, genau definiert, und die spezielle Lage.

Etwaige wirkliche Abtretungen schien er sich höchstens in der Ausdehnung des Zahdeufens zu denken.

In Betreff einer Militärkonvention sagte er, die mit Koburg abgeschlossene gehe in manchen Punkten zu weit; es würden daher seinerseits Abänderungen einer gleichartigen Konvention gewünscht werden.

Er könne überhaupt mit dergleichen Bedingungen nur vor den Landtag treten, wenn er die vollen Herzogthümer oder doch wenigstens die Grenze von der Gjenner Bucht ab, nördlich Apenrade, erhalte, sonst nicht. Schimpfliche Bedingungen könne er nicht annehmen. Als solche bezeichnete er: eine südliche Grenze als die genannte; Schulden für Kriegskosten zu übernehmen und dann noch Landabtretungen; — mit einem solchen System könne er nicht vor den Landtag und vor das Volk treten.

In der Diskussion hob er hervor, wir müßten mehr darauf hinarbeiten, sein Herz zu gewinnen, als ihn durch feste Abmachungen zu binden; dann werde er preussische Politik machen.

Ich entgegnete, wir hätten gehofft, sein Herz schon gewonnen zu haben.

Er sagte, die Herzogthümer hätten Preußen nicht gerufen; ohne uns würde der Bund die Befreiung der Herzogthümer mit mehr Leichtigkeit unter weniger lästigen Bedingungen bewirkt haben.

Er fragte auch, ob wir über die ihm zu machenden Zumuthungen mit Oesterreich einig wären, und hob hervor, daß dies erforderlich sei. Ich verneinte Ersteres, mit dem Zusatz, daß wir unter allen Umständen unsere Forderungen aufrecht hielten und mit Oesterreich darüber einig zu werden glaubten.

Gegen zweiseitige, zu unterzeichnende Abmachungen war offenbare Aversion vorhanden. Er wolle nichts versprechen, was er nicht halten könne, also keine Zusagen machen, deren Genehmigung durch die Stände er nicht versichert sei. Letztere werde von dem Umfang der Herzogthümer abhängen; bei Integrität derselben werde sich Manches erreichen lassen, sonst nicht. Ein Vergeßlich der Bereitwilligkeit, sich durch das Wort der Stände von gemachten Zusagen entbinden zu lassen, war unverkennbar.

Schließlich erklärte er einleitend, er wolle sich die Sache in Dohzig überlegen, und betrachte diese Unterredung nur als eine zu gegenseitiger Aufklärung über die Auffassung bestimmte.

Den Gesamtüberblick der dreistündigen Unterredung muß ich dahin zusammenfassen, daß der Erbprinz uns nicht mit dankbaren Gefühlen betrachtet, sondern als unwillkommene Mahner, zu deren möglichst unvollständiger Befriedigung er bereit ist, den Beistand der Stände und auch Oesterreichs in Bewegung zu setzen.

Auf meine Andeutung, daß unser Eifer in Förderung der Kandidatur des Prinzen einigermaßen von dem Verhalten Sr. Durchl. abhängen würde, erwiederte er mir, daß er in dieser Beziehung keine Beforgnis hege, da die Sache schon zu weit gediehen sei, um noch rückgängig gemacht werden zu können.

Berlin, 1. Juli. Der offiziöse Korrespondent der „Köln. Ztg.“ schreibt: Die Wiener „Presse“ enthält ein Telegramm von hier mit der Angabe, es sei in einer österreichischen Depesche die Erklärung abgegeben worden, daß Oesterreich die in der schleswig-holsteinischen Frage gemachten Zugeständnisse zurückziehen wolle, wenn Preußen den Erbprinzen von Augustenburg aus Holstein entfernen sollte. Diese Nachricht ist unbegründet. Es ist hier eine Depesche dieses Inhalts nicht eingetroffen. Das Wiener Kabinet konnte eine solche Erklärung aber auch gar nicht abgeben, da von demselben keinerlei Konzeptionen an Preußen gemacht worden sind. Die Bemerkungen in der österreichischen Depesche vom 5. v. M., daß man sich über Kiel und die Besetzung von Rendsburg wohl verständigen werde, daß dem Bunde das letzte Wort in der Militärangelegenheit der Herzogthümer zustehe, daß die Benutzung der Marinekräfte der Herzogthümer für Preußen nicht geeignet sei, Schwierigkeiten darzubieten, — diese Bemerkungen sind doch keine Zugeständnisse. Uebrigens hält Preußen seine Bedingungen vom 22. Febr. für die Herstellung eines Staates Schleswig-Holstein aufrecht. Es wird aus den Herzogthümern seine Truppen nur nach einem unglücklichen Kriege zurückziehen, da es dieselben zur Besetzung der verschiedenen Positionen für notwendig hält, deren Abtretung es fordert. Die Drohungen österreichischer Blätter, daß künftig nur eine Summe aus den Ueberschüssen der Herzogthümer zur Deckung der preussischen Okkupationskosten von dem österreichischen Kommissär bewilligt werden solle, welche dem österreichischen Betrage gleichkommt, ist, selbst wenn sie zur Ausführung käme, ohne Bedeutung für die Stärke der Truppen, da diese nicht von einigen Tausend Thalern abhängig ist, sondern durch eine besondere Vereinbarung mit Oesterreich feststeht.

Berlin, 1. Juli. Wie die „Nat.-Ztg.“ versichert, ist der von den süddeutschen Zollvereins-Regierungen mit der Schweiz punktirt Handelsvertrag von Preußen nicht, wie der „Nürnb. Corr.“ sich schreiben ließ, „pür abgelehnt“, sondern es sind von dem diesseitigen Kabinet mehrere Punkte motivirend bezeichnet, gegen welche Einwendungen vorliegen. Es gehört dahin unter Anderem auch die von jenen Regierungen zugestandene Ermäßigung des Eingangszolles für Ablynth und Kirschwasser, die entweder eine Abnormität in dem Tarif bilden würde, oder eine gleiche Herabsetzung des Zolls für alle übrigen Brauntweine, die man finanziell für unzulässig hält, zur Folge haben müßte. Auch von anderen Zollvereins-Regierungen sind gleiche Einwendungen gegen den Vertragsentwurf erhoben worden.

Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht den von beiden Häusern des Landtags genehmigten Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Großbritannien vom 30. Mai 1866. Die zwischen Preußen und Anhalt gepflogenen Verhandlungen über Erneuerung des Steuervertrages sind, der „B.-u.-H.-Ztg.“ zufolge, bereits zum Abschluß gediehen. Der anhaltische Minister v. Herbst, der sich im Interesse dieser Sache längere Zeit hier aufgehalten, ist bereits nach Dessau zurückgekehrt. Der Vertrag erwartet die Genehmigung und Vollziehung der beiderseitigen Regierungen.

Berlin, 2. Juli. (A. Z.) Ein Wiener Telegramm der „Spener. Ztg.“ sagt: Die Nachricht, Hr. v. Halbhuter habe den Antrag des Hrn. v. Zedlitz bezüglich eines bewaffneten Einschreitens gegen die an des Herzogs Geburtsfest beabsichtigten Massenemonstrationen abgelehnt, wird zuverlässig dahin berichtet, daß Hr. v. Zedlitz nur instruktionsgemäß auf die Gefahren solcher Demonstrationen aufmerksam gemacht und erklärt habe: Preußen werde gegen jede dabei vorkommende Verletzung seines Rechts in den Herzogthümern mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln einschreiten, eventuell seine Truppen verstärken.

Berlin, 2. Juli. (A. Z.) Hr. v. Kronprinz und die Frau Kronprinzessin werden heute Abend aus den Provinzen Posen und Pommern in Potsdam wieder eintreffen. Gegen die Mitte der nächsten Woche geben die höchsten die Reise nach der Insel Föhr anzutreten. Dort werden die kronprinzlichen Herrschaften etwa vier Wochen verbleiben und sich dann nach Schloß Reinharbtsbrunn begeben. — Der diesseitige Gesandte am k. bayerischen Hofe, Prinz von Reuß, welcher hier mehrere Wochen verweilt, hat nach Ablauf seines Urlaubs sich wieder auf seinen Posten nach München begeben. — Die Verhandlungen mit dem St. Petersburger Kabinet über die Anbahnung eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Rußland sind schon seit einigen Monaten wieder in's Stocken gerathen. Auf russischer Seite zeigen sich weitverbreitete und einflussreiche Schutzoll-Interessen, welche dem Zustandekommen eines solchen Vertrags mit aller Anstrengung Hindernisse zu bereiten suchen. Doch soll Aussicht dazu sein, daß diese Hindernisse allmählich schwinden werden. Wie verlautet, wird der General-Postdirektor Philippborn sich demnächst nach St. Petersburg begeben, um mit der dortigen Regierung über den Abschluß eines deutsch-russischen Postvertrages zu unterhandeln. — Gestern ist hier mit dem Abbruch der Stadtmauer der Anfang gemacht worden, und zwar in der Nähe des Brandenburger Thors.

Von gestern an erfolgt die Abfertigung für steuerpflichtige Gegenstände in dem neuen, an der Grenze des Reichsbildes von Berlin angelegten Steuerexpeditionen, sowie auf sämtlichen Bahnhöfen. Auf dem Anhaltischen und dem Potsdamer Bahnhof sind zu diesem Zweck neue Steueramts-Gebäude errichtet worden. Alle Steuerexpeditionen an den Thoren, mit Ausnahme derjenigen am Frankfurter und am Stralauer Thor, haben mit gestern ihre Thätigkeit eingestellt. — Unter dem Vorsitz des Finanzministers v. Bodelschwingh vereinigte sich gestern Mittag das Staatsministerium zu einer Beratung. Nach dem Schluß derselben verabschiedeten sich der Kriegsminister v. Moos und der Handelsminister Graf Jepsenly von ihren Kollegen. Hr. v. Moos ist heute zu seiner Familie nach Erdmannsdorf abgereist. Graf v. Jepsenly begibt sich morgen auf 14 Tage nach seinem Landgut Kumerdorf und wird dann eine vierwöchentliche Badereise antreten. Der Minister des Innern Graf v. Eulenburg reist demnächst zu Vorträgen bei Sr. Maj. dem König nach Karlsbad und besucht alsdann das Seebad Ostende.

Wien, 30. Juni. Man schreibt der „Allgem. Ztg.“: Es ist hier eine vom 27. Juni datirte zweite o. l. d. n. b. r. g. i. s. e. Depesche mitgetheilt worden, welche, in Beantwortung der ablehnenden österreichischen Rückäußerung auf die betannte erste Depesche, nochmals die Forderung der Entfernung des

Herzogs von Augustenburg aus den Herzogthümern aufstellt und begründet. Vielleicht daß eine weitere Fortsetzung dieses Depeschewechsels von hier aus nicht für notwendig erachtet wird, weil das bevorstehende persönliche Eintreffen des Großherzogs von Oldenburg in Wien bereits notifizirt ist. Wenn übrigens gleichzeitig die Existenz einer nach Berlin gerichteten neuern österreichischen Depesche gemeldet wird, welche die Erklärung enthalte, daß Oesterreich seine bisher dargebotenen Konzeptionen zurücknehme, falls Preußen einseitig gegen den Herzog von Augustenburg vorgehe, so beruht das jedenfalls auf einem Mißverständnis. Allerdings hat Oesterreich für einen gegebenen Fall seine Zugeständnisse zurückzunehmen zu wollen oder — um die Worte zu gebrauchen — an diese Zugeständnisse „sich nicht länger gebunden zu halten“ erklärt; aber der gegebene Fall ist der, wo Preußen auf der jetzt wiederholt aufgestellten Basis, zu verhandeln wiederholt ablehnen würde. Gegen ein einzelnes Einschreiten gegen den Herzog Friedrich ist allerdings nachdrückliche Einsprache erhoben, aber lediglich auf Grund der Erwägung, daß nur die oberste Zivilbehörde, also Preußen und Oesterreich gemeinsam, hier zu entscheiden berechtigt sei, und in irgendwelcher Beziehung zu jenen Zugeständnissen ist diese Einsprache nicht gebracht.

Wien, 1. Juli. Der „Schles. Ztg.“ ist ein Telegramm zugegangen, demzufolge die Vertreter Oesterreichs im Ausland angewiesen worden seien, an den Höfen, bei welchen sie akkreditirt sind, die Erklärung abzugeben, daß die eingetretenen Veränderungen in Oesterreich lediglich mit der Umgestaltung der innern Angelegenheiten zusammenhängen, die auswärtige Politik Oesterreichs durch dieselben aber in keiner Weise berührt werde.

Wien, 1. Juli. Die Ministerkrisis ist noch keinen Schritt vorwärts gerückt. Graf Belcredi, das voraussichtliche Haupt des neuen Kabinetts — in dem Sinne, wie das gefallene Ministerium den Namen des Hrn. v. Schmerling trug — unterhandelt und wirbt hier in Wien, Hr. v. Majlath transigirt persönlich mit seinen Landesleuten in Pesth. Der Kaiser wird frühestens am 4. Juli zurück erwartet; alsdann werden die Vorbereitungen voraussichtlich so weit gediehen sein, daß ihm eine vollständige Ministerliste zur Schlussfassung unterbreitet werden kann. Bis dahin ist Alles ohne Ausnahme bloße Vermuthung.

Wien, 3. Juli. (A. Z.) Von der für morgen erwarteten Rückkehr des Kaisers wird die Beschleunigung der Ministerkrisis gehofft. Dem Vernehmen nach redigirt Belcredi ein neues Regierungsprogramm, welches, eine Reaktion ausschließend, die gesetzliche Befassungsreform involvirt, Ungarn die Rechtskomunität verleiht, sowie die Landesintegrität und Parität in gemeinsamer Reichsvertretung mit dem Zustimmungsvorteil der von dem engern Reichsrath und den transleithanischen Landtagen gewählten Reichsvertretung, ferner Selbstverwaltung, liberale Rechtseinrichtungen, sowie die Förderung der materiellen Interessen.

Italien.

Florenz, 30. Juni. Die „Nazione“ erklärt die von der „Opinione“ bezüglich der Unterhandlungen mit Rom gegebenen Nachrichten für ungenau. Es sei wahr, daß der Papst den Eid der Bischöfe abgelehnt habe, aber es sei nicht erwiesen, daß er sich damit einverstanden erklärt habe, den Bischöfen zu befehlen, den Staatsgelegen Schorlam zu leisten. Die „Nazione“ fügt bei, Rom habe keine Gegenvorschläge gemacht. Eben so wenig sei es wahr, daß der Papst Veränderungen an der Ertheilung des Exequatur verlangt habe. Rom habe erklärt, das Exequatur nicht annehmen und auf keine Diskussion über die Form desselben eingehen zu wollen.

Florenz, 2. Juli. Man versichert, daß die Regierung den 30. Juni an die Agenten Italiens eine Zirkularnote gesandt habe, welche die Geschichte der Unterhandlungen mit Rom enthält.

Brescia, 1. Juli. Die letzten Verhaftungen in Padua haben unter den Studenten neue Demonstrationen veranlaßt. Ein Wappen von Saoyen ist an der Universität aufgepflanzt worden. Viele junge Leute wurden verhaftet.

Messina, 1. Juli. Ungeachtet eines Winkes der Municipalität, der den Zweck hatte, die Bevölkerung über die Vorsichtsmaßregeln bezüglich der von Egypten kommenden Schiffe zu beruhigen, hat doch die Ankunft des Paketboots von Alexandria Unordnung hervorgeufen. Das Gesundheitsbureau ist in Brand gesteckt worden. Die Nationalgarde stellte die Ordnung wieder her. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Rom, 30. Juni. Zum Beweis, daß der schlechte Erfolg der Privatkonferenzen, die zwischen dem Kardinal Antonelli und Hrn. Begezzi stattgefunden haben, nicht die Schuld des heil. Stuhles ist, erinnert des „Giorn. di Roma“ daran, wie die Unterhandlungen begonnen haben. Der Papst war es, welcher, jede politische Rücksicht bei Seite setzend, und einzig und allein der Eingebung seines Herzens und seines Charakters folgend, einen Brief an Viktor Emanuel schrieb, um ihn aufzufordern, Jemanden nach Rom zu senden, der sein Vertrauen besitze, damit dieser über die Mittel unterhandeln könne, die bestehenden Hindernisse zu beseitigen und die Sprengel, die nicht besetzt waren, mit ihren Bischöfen zu versehen. Als Hr. Begezzi nach Rom kam, bemerkte das offizielle Organ weiter, habe er die Gerechtigkeit der vom heil. Stuhl vorgeschlagenen Grundlagen anerkannt, was den Papst einen glücklichen Ausgang der Unterhandlungen hoffen ließ. Aber Hr. Begezzi habe von seiner zweiten Reise davon abweichende Grundlagen mitgebracht, welche die ersten zerstörten, und in Folge dessen habe der Papst gefunden, daß die gewünschte Uebereinkunft unmöglich sei. Das genannte Blatt erklärt endlich, der Papst habe geglaubt, seine Pflicht zu thun, wenn er Alles versuchte, was unter den jetzigen Umständen möglich war.

* Alle Briefe aus Rom wiederholen, Hr. Begezzi habe

dem Papst erklärt, die Unterhandlungen seien unterbrochen, aber nicht abgebrochen. Sie bestätigen die Nachricht von der allen verbannten Bischöfen, mit wenigen Ausnahmen, ertheilten Befugnis, wieder ihre Stellen in Besitz zu nehmen. Man sagte in Rom, der Papst habe Mgr. Reglia mit einer Mission nach Guatemala betraut, und man hielt die Rückkehr dieses Prälaten nach Mexiko für unmöglich.

Frankreich.

Paris, 1. Juli. (Kön. Btg.) Das strenge Auftreten gegen die Presse dauert fort. Gestern erhielt die in Bordeaux erscheinende „Gironde“ wieder eine erste Verwarnung. Sie zog sich dieselbe zu durch einige Bemerkungen über die Rede, die ein Regierungskommissär im Gesetzgeb. Körper bei Gelegenheit der Diskussion über die Dotationskasse der Armee gehalten. — Der Präst des Puy-de-Dôme-Departements, wo an Morny's Stelle der Oppositionskandidat gewählt wurde, ist nach Paris berufen worden. — Der Prinz und die Prinzessin Napoleon haben gestern einen Besuch in den Tuileries abgestattet. Der Prinz begibt sich nächsten Dienstag nach Havre und die Prinzessin mit ihren Kindern nächsten Samstag nach der Schweiz. — Die Broschüre des Kaisers über Algerien ist bereits, jedoch nur in wenigen Abdrücken, erschienen; sie wurde an die Minister und einige andere hochgestellte Persönlichkeiten verteilt; später soll sie jedoch im Buchhandel erscheinen. — Das Gefolge Abd-el-Kader's, der dieser Tage in Paris eintrifft, ist sehr groß, doch soll er nur eine feiner Frauen, die, welche er kürzlich in Konstantinopel heirathete, mitbringen. Die übrigen hat er in Damaskus zurückgelassen. — Am künftigen Dienstag gibt der hiesige amerikanische Gesandte, Hr. Bigelow, zur Feier des Jahrestages der Erklärung der Unabhängigkeit der nordamerikanischen Freistaaten ein großes Fest in Bré Catalan. Alle in Paris residirenden Amerikaner, Nordisten sowohl als Südstisten, sind dazu eingeladen worden. Es soll eine Art von Verköstigungsfest sein. — Marquis Pepoli ist vom Kaiser herbestellt worden, da sich Se. Majestät mit diesem Diplomaten über verschiedene Fragen besprechen möchte. — General Franconi bleibt nach wie vor erster Adjutant des Prinzen Napoleon, wird aber keinen materiellen Vortheil aus dieser Stellung ziehen.

Paris, 2. Juli. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers ging die allgemeine Diskussion über den Gesetzentwurf, betr. das Anlehen der Stadt Paris, zu Ende, und die einzelnen Paragraphen wurden nach einander angenommen. Schließlich wurde das Ganze mit 173 gegen 50 Stimmen angenommen. In den Verhandlungen, welche zwei Sitzungen in Anspruch nahmen, erfuhr wieder die Hausmann'sche Verwaltung scharfe Angriffe von Seiten der Mitglieder der Opposition. — In den nächsten Tagen wird der Contre-Admiral v. Dibelot nach Mexiko abgehen, um das Kommando über das dortige französische Geschwader an Stelle des Contre-Admirals Boffe zu übernehmen. — Der „Constitutionnel“ widerlegt nochmals in offizieller Weise die Gerüchte von dem bevorstehenden Abgang von 10,000 Mann Verstärkungstruppen für den Marfchall Bazaine.

Paris, 2. Juli. Der „Moniteur“ enthält in seinem amtlichen Theil ein kaiserl. Dekret, wodurch der zwischen Frankreich und dem Großherzogthum Baden abgeschlossene Vertrag bezüglich gegenseitiger Garantie von Geistes- und Kunstwerken veröffentlicht wird. Außerdem enthält er noch Dekrete bezüglich des literarischen Vertrags mit Preußen, der Schweiz und Bayern.

Im nichtamtlichen Theil des „Moniteurs“ findet sich eine lauzige Mitteilung aus Florenz, in welcher der ganze Verlauf der Unterhandlung des Hrn. Vegazzi mit dem Papst recapitulirt wird. Es wird darin bemerkt, daß die italienische Regierung Alles gethan habe, was ihr möglich war, um zu einer Verständigung mit Rom über die Angelegenheit der Bischöfe zu gelangen. Später heißt es in dem Artikel:

Bei den ersten Unterredungen, welche Hr. Vegazzi mit dem Papst hatte, wurden folgende fünf Punkte als Gegenstände der Vereinbarung aufgestellt: 1) Rückkehr der von ihren Sitzen entfernten Bischöfe; 2) Zulassung präconsecrirter Bischöfe; 3) Ernennung für die vakanten Bisthümer; 4) Exequatur und Ernennungsbullen; 5) der Eid.

Ueber die beiden ersten Punkte wurde man bald einig, und der hl. Stuhl erkannte vollkommen die Berechtigung und Nützlichkeit der wenigen Vorbehalte an, welche bezüglich des ersten Punktes von der italienischen Regierung gemacht wurden.

In Betreff der vakanten Bisthümer, deren Zahl 50 übersteigt, verlangte die italienische Regierung durchaus keine Anhebung, sondern brachte nur in Vorschlag, diejenigen faktisch unbefetzt zu lassen, deren Bezirk so klein ist, oder deren Sitz so gelegen ist, daß sie überflüssig sind. Gleichwohl war das Kabinett von Florenz weit davon entfernt, an diesem Gesichtspunkt streng festzuhalten; im Gegentheil ging es bereitwillig darauf ein, Bisthümer ohne irgend eine territoriale Bedeutung beizubehalten, wenn sich für Rom irgend ein spezielles Interesse der Tradition oder eine besondere Anhänglichkeit daran schloß. Beispiele hierfür liefern die Bisthofsitze von Simigaglia, in den Marken und von Mabilgona in Toscana.

Was nun das Exequatur und den Eid betrifft, so glaubt die Regierung, ohne im geringsten der Zukunft vorzugreifen, beim gegenwärtigen Zustand der Gesetzgebung dieselben festhalten zu müssen. Und um jeder Zweideutigkeit vorzubeugen — ebensowohl in Rom, wie im übrigen Italien —, hatte sie Sorge getragen, in einem von dem Minister Lanza an die Präfecten gesandten Rundschreiben vom 5. Mai, also während der ersten Periode der Mission Vegazzi's, die gesetzliche Lage klar und deutlich darzustellen. Ueberdies begriff der Eid nach der Auffassung des italienischen Kabinetts durchaus nichts Anderes in sich, als die Verpflichtung, sich der faktisch bestehenden Regierung zu unterwerfen und die bestehenden Gesetze zu achten. Es handelte sich weder darin, noch in dem Exequatur um eine Anerkennung Italiens von Seiten des römischen Hofes. Der hl. Vater konnte sogar frei und ungehindert seinen Vorbehalt stipuliren, sei es durch eine feierliche Anrede, sei es durch einen besondern Vertrag.

Als Hr. Vegazzi nach den Unterhandlungen, die einen Monat gedauert hatten, und nach dem Rundschreiben des Hrn. Lanza sah, daß man ihm über diese delikaten Fragen keine absolut abweisende Antwort gab, reiste er von Rom ab, indem er die beste Hoffnung auf

eine Ausöhnung mit sich nahm, und kam in Turin an, wo damals noch das Ministerium sich befand, um seine Instruktionen über diese fünf Punkte genau feststellen zu lassen.

Aber bei seiner neulichen Rückkunft nach Rom fanden die Kongregationen und die Karbinäle, die zu Rathe gezogen worden waren, große Schwierigkeiten gegen die Annahme des Eides und des Exequatur, selbst in den von der italienischen Regierung vorgeschlagenen oder zugestandenen Worten; und so sind denn, wenigstens einstweilen, die Aussichten auf ein Verständniß geschwunden.

Diese Unterhandlungen werden aber dennoch nicht nutzlos gewesen sein und in allen Gemüthern werden sie einen tiefen Eindruck zurücklassen. Italien und das Papstthum, diese beiden Mächte, welche bis auf den heutigen Tag sich in feindlicher Haltung gegenüberstanden waren, haben sich in friedliche Verbindung gesetzt, haben in verlässigsten und herzlichsten Beziehungen zu einander die gegenseitigen Divergenzen, ihren Standpunkt, die betreffenden Möglichkeiten einer Annäherung geprüft; und wenn man die Sachen genau betrachtet, so bemerkt man, daß, wenn Familienbesorgnisse oder noch zu feisige Erinnerungen der Ausführung eines so sehr erwünschten Einverständnisses hindern in den Weg getreten sind, man von beiden Seiten durchaus keine Mühe gehabt hat, sich über diejenigen Punkte zu verständigen, die der Politik fremd sind und die nichts mehr als Fragen der Beziehung zwischen Kirche und Staat in sich fassen. Es liegen darin für einen neuen Versuch, der nicht fern liegen kann, die unabweisbarsten Aussichten eines bessern Erfolges.

Belgien.

Brüssel, 1. Juli. (Kön. Btg.) Die Kammer hat sich auf künftigen Dienstag vertagt, um die Debatte über den wichtigen Gesetzentwurf zur Abstellung der Wahlmissbräuche in Angriff zu nehmen. Diese Diskussion dürfte vier bis sechs Wochen dauern. Der Senat hat heute das große Bauteugesetz genehmigt und wird am künftigen Montag das Fremdengesetz beraten. Die Verhandlung beim Kassationshof gegen die Hh. Delaet und Chazal ist auf den 12. d. angesetzt. Die beiden Beklagten stellen sich ohne Verteidiger, und das ganze Verfahren wird sehr summarisch ausfallen. Es sind nicht einmal die sämtlichen vier Sekundanten, sondern nur die Hh. Rothomb und General Soudain de Niederwerth als Zeugen vorgeladen. — Nach den jüngsten, bis zum 26. Mai reichenden Nachrichten aus Mexiko wurde noch über die Auswechslung der im Gesetze bei Tacamburo gefangenen belgischen Soldaten verhandelt, deren Behandlung durch die Juaristen übrigens als sehr human gerühmt wird.

Niederlande.

Haag, 1. Juli. (N. Z.) Die Erste Kammer genehmigte die Abschaffung der Accise, sowie die definitive Unterzeichnung des Handelsvertrags mit Frankreich, worin ein neuer Tarif enthalten ist; somit steht der Abschluß in nächster Aussicht.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Juni. „Faedrelandet“ erfährt, daß die mit Beziehung auf den Art. 13 des Wiener Friedensvertrags eingeschickte internationale Kommission zur Feststellung der gegenseitigen Ansprüche in der Preisenfrage ihre Arbeiten beendet und bereits das Protokoll unterzeichnet hat. Es wäre demnach kein Schiedspruch erforderlich.

Levantepost.

Tripoli, 30. Juni. Zwei englische Dampfer mit 171 Reisenden, welche alle gesund, sind von Alexandria hier angekommen. Vorgestern sind dortselbst 214, in Kaïro 75 Erkrankungsfälle vorgekommen. Die Krankheit ist weniger alarmirend. Der von Alexandrien in Smyrna angekommene Lloyd-Dampfer wurde neuerdings unter fünftägige Kontumaz gesetzt, weil einer der ausgehiften Passagiere von der Cholera befallen war. Der Dampfer der griechisch-orientalischen Linie, welcher mit patente brutta von Smyrna abgegangen, wurde in Syra nicht zugelassen.

Konstantinopel, 24. Juni. Der persische Gesandte ist zum Abschluß eines türkisch-persischen Handelsvertrags bevollmächtigt. — Aus Dschebda, 18. April, wird gemeldet: König Theodor ließ dem englischen Konsul Cameron die Fesseln abnehmen; dessen baldige gänzliche Freilassung ist wahrscheinlich.

Atten, 24. Juni. Der albanesische Aufwiegler Kaplan Bey wurde von den griechischen Behörden in Lamia festgenommen. Der König wird seinen Aufenthalt in Corfu bis 7. Juli verlängern. Die Regierung schloß mit einer Aktiengesellschaft einen Vertrag betreffs der Verbindung der größeren Hafenplätze durch einen unterirdischen Telegraphen. Das Geschwader des Vizekönigs von Egypten ist am 15. in Rhodus angekommen und nach Konstantinopel weiter gefahren. Der Vizekönig verweilte auch mehrere Tage in Chios.

Amerika.

New-York, 20. Juni. Abends. Hr. Seward bemerkte, indem er Hrn. Welles benachrichtigt, daß Frankreich und England den Südstaatlichen das Recht Kriegführender entzogen hatten, daß Frankreich zu diesem Schritt durch den ausbrüchlichen Wunsch geleitet worden sei, die früheren Sympathien zwischen den beiden Nationen wieder hergestellt zu sehen, welche ihre Interessen und ihre Traditionen dazu aufzuerfordern, die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten.

In einem an den englischen Gesandten, Hrn. Bruce, gerichteten Schreiben spricht Hr. Seward seine Befriedigung aus bezüglich der Haltung Englands, erneuert jedoch seinen Protest gegen das gemeinsame Handeln der Kabinette von Paris und London, welches den Südstaatlichen die Rechte als Kriegführende zuerkannt hatte. Hr. Seward hält dies Handeln für wenig freundschaftlich und dem Völkerrecht zuwiderlaufend. Er bedauert die Zurückhaltung des Grafen Russell zu Gunsten der Südstaatlichen Kreuzer; er verlangt, daß die Südstaatlichen Schiffe der Vereinigten Staaten ausgeliefert werden, und erklärt, diese hätten das Recht und die Pflicht, sie, unter welcher Flagge es auch sein möge, wegzunehmen. Hr. Seward weigert sich, irgend eine Uebertragung dieser Schiffe an Andere anzuerkennen.

Es sind Befehle gegeben, alle in Washington erbauten

Befestigungswerke zu rastren, mit Ausnahme von 22 Forts, die eine ständige Garnison erhalten.

Matamoros, 15. Juni. (N. Z.) Der juaristische General Negrete ist von den Kaiserlichen gänzlich geschlagen worden; er verlor 700 Tode und 2000 Gefangene, und wurde selbst gefangen genommen. Die Kaiserlichen haben ebenfalls Camarrago eingenommen.

Vermischte Nachrichten.

— Köln, 30. Juni. (W. L. B.) Die Generalversammlung der Aktionäre der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft hat den Beschluß, die Dividende auf 12 1/2 Proz. festzusetzen, ferner die Eisenbahn-Bauten nach dem Antrag der Direktion, 1) von Bello bis Dönabrück und 2) von Siegburg bis Bendorf am Rhein, angenommen.

— Dresden, 30. Juni. Die hier tagende Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe wählte heute als Versammlungsort für 1866 Wien und für 1867 Breslau.

— Hamburg, 30. Juni. (Nat.-Btg.) Im Anschluß an die Arbeiterbewegung hat gestern in der Vorstadt St. Pauli ein ernstlicher Tumult stattgefunden. Vor Karl Schulze's Volkstheater daselbst, auf welchem seit kurzem ein neues Lokal, „Arbeiterfrife“, aufgeführt wird, sammelten sich nämlich ungefähr 600 Schuhmachergesellen, welche die Fenster des Theaterlokals zu zertrümmern und ähnlichen Unfug zu treiben anfingen. Obgleich ein Theil der Mannschaft von der gegenüberliegenden Wache heranzügte, um die Tumultuanten zu zerstreuen, so gelang dies doch nicht sogleich; erst später wurden Verhaftungen vorgenommen.

— Wien, 1. Juli. Die „Wien. Abendpost“ meldet: Der auf allerhöchste Anordnung zur Sequestration des k. k. f. Esterhazy'schen Vermögens ernannte Kurator bringt zur Kenntniß, daß die Zahlungen, welche wegen der Einführung der Sequestration und wegen der zum Behuf der künftigen Administrationsweise erforderlichen Erhebungen siliert werden mußten, in möglichst kurzer Zeit nach einer, den Bestimmungen des Gesetzes entsprechenden Ordnung wieder ausgenommen werden.

— Ofen, 30. Juni. Den heutigen „Ungar. Nachr.“ zufolge hat Se. Maj. der Kaiser der Wwe. des Historikers Szalay eine lebenslängliche Pension von jährlich 1000 fl., und einen Erziehungsbeitrag von 200 fl. für jedes der nachgelassenen beiden Kinder bewilligt.

— Schaffhausen, 2. Juli. Abends. Eidgenöss. Schützenfest. Heute gewann auf der Standseibe „Schaffhausen“ den ersten Becher Hr. Ludwig Vermittler von Schopfheim.

Der in London erscheinende „Hermann“ warnt auf Grund von Nachforschungen an Ort und Stelle vor einem Schwindel, der neuerdings von London aus versucht werde, und zwar durch Inserate in verschiedenen deutschen Zeitungen, wonach eine angebliche Firma William Ahabulat u. Komp., agents, 20, Grafton-str., Fitzroi-sq. London, in allen Gegenden Preußens Agenten, welche mit den Landesprodukten genau bekannt sind, für den Einkauf suche und dafür einen fixen Gehalt von 800 bis 1000 Thlr. per Jahr verspreche. Auch hat man Geschäftsbriefe ähnlichen Inhalts, jedoch mit veränderter Firma, gezeit, worin an bestimmte Personen ähnliche Wünsche und Anerbietungen ausgesprochen werden, zugleich aber die vorherige Einwendung von 35 fl. verlangt wird. Natürlich hat unser Gewährsmann diesem Ansuchen nicht entsprochen.

Nachschrift.

Wiesbaden, 2. Juli. (Fr. Z.) Die Fortschritts-partei siegte dahier in allen Klassen. Die Nachrichten aus den Kestern Königstein, Höchst, Hochheim, Eltville, Rüdelsheim, Winkel, Dettrich und St. Goarshausen lauten alle günstig für den Fortschritt.

Wien, 2. Juli. (Fr. P.-Btg.) Der Kaiser ist statt, wie erwartet, am Dienstag, schon heute Morgen zurückgekehrt. Die Ministerkrisis ist noch unverändert und schwebend. Eine neue umfassende Armeereduktion ist angemeldet.

Generalleutnant v. Mantuffel ist offiziell zum Höchstkommmandirenden in den Herzogthümern ernannt und wird nunmehr hieher kommen, um sich persönlich beim Kaiser zu melden.

Haag, 2. Juli. (W. L. B.) Nachdem gestern die Erste Kammer die Abschaffung der Accise genehmigt, steht die definitive Unterzeichnung des Handelsvertrags mit Frankreich, welcher den neuen Tarif enthält, in nächster Aussicht.

Wien, 1. Juli. Bei der heute Abend stattgehabten Serienzählung der 100-fl. Eisenbahn-Prioritätsloose von 1853 wurden nachstehende 16 Serien à 100 Stück Loose gezogen. Serie 101, 395, 443, 696, 701, 837, 975, 1085, 1781, 1830, 2588, 2923, 3063, 3115, 3661 und 4029, und stülen bei der sogleich fortgesetzten Gewinnziehung auf folgende Loose die beigesteuerten hohen Prämien. Serie 887, Nr. 63 250,000 fl.; Serie 1830, Nr. 66 40,000 fl.; Serie 3063, Nr. 91 20,000 fl.; Serie 1830, Nr. 68 und Serie 3115, Nr. 44 je à 5000 fl.; Serie 1830, Nr. 88 und Serie 3063, Nr. 99 je à 2000 fl. Die Heimzahlung erfolgt am 2. Januar 1866.

Wien, 1. Juli. Bei der heute stattgehabten Serienzählung der 4prozent. österreichischen 250-fl.-Loose vom Jahr 1854 wurden folgende 20 Serien à 50 Stück Loose gezogen. Serie 71, 124, 153, 347, 652, 775, 815, 1477, 1885, 2034, 2430, 2519, 2652, 3059, 3142, 3206, 3285, 3349, 3716 und 3898. Die Gewinnziehung erfolgt am 1. Okt. d. J. Von der älteren Staatsschuld wurde 275 und 276 gezogen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
1. Juli.					
Morgens 7 Uhr	27° 6.00	+12.5	S. W.	stark bew.	Sonnbl. trüb, kühl
Mittags 2 „	„ 5.90	+13.5	„	„	„
Nachts 9 „	„ 6.30	+10.0	„	„	„
2. Juli.					
Morgens 7 Uhr	27° 9.87	+11.0	S. W.	ganz bew.	trüb, kühl
Mittags 2 „	„ 10.02	+13.5	„	„	Sonnbl., kühl
Nachts 9 „	„ 11.20	+10.0	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

3.r.857. Bei Ernst Mohr in Heidelberg ist erschienen:
Nothe, Dr. Richard, Predigt, gehalten am ersten Ofterfesttag 1865 in der Providenz-Kirche zu Heidelberg. Preis 8 Kr.

Schenkel, Dr. Daniel, die Aufgabe der Reformation in der Gegenwart. Reformationsspredigt, gehalten den 25. Juni 1865 im Universitäts-Gottesdienst zu Heidelberg. Preis 10 Kr.

Bad Rippoldsau.

3. Kurliste vom 21. bis 30. Juni 1865.

Der Ort-Rämpfer von Zürich. Mad. Röslein von da. Dr. Boesch, Wirth von Eichenhardt. Dr. Hugo Gengst, Techniker von Durlach. Dr. de Jongh, Med. Dr. von Stuge, Holland. Dr. Müller, Kfm. von Durlach. Dr. Meißner, Gutbesitzer von Karlsruhe. Dr. Louis Rigaud, Kfm. von Frankfurt a. M. Dr. Jean Rigaud, Kfm. von Mannheim. Dr. G. S. Dr. Schindler von Darmstadt. Dr. H. G. Dr. von Zürich. Mad. Rosenhal von Frankfurt a. M. Jeanette und Adelheid Werner von Königsegg. Dr. Karl Kray, Kfm. von Karlsruhe. Dr. Eichenauer mit Familie und Bedienung von Straßburg. Dr. E. Rehmann, stud. theol. von Tübingen. Dr. G. Feld von da. Frau Baum nebst Familie von Köln, 4 Pers. Frau Rösberg-Baum von da. Dr. F. James von Straßburg. Dr. Henri de Marcol von Neuchâtel. Dr. Kramer, Kfm. von Mannheim. Dr. v. Mad. W. Adell von Amsterdam. Dr. F. Bartenfeld, Part. von Zürich. Freifrau von Kettler mit Bedienung von Münster. Frau Widmann von Saarlouis. Dr. F. Nis, Kfm. von Glarus. Frau Siegfried mit Fel. Tochter, Rittergutsbesitzerin von Kirchheim, Breun. Nils. E. Naffon von Vercy. Dr. Ferd. Ende mit Sohn, Buchhändler von Erlangen. Frau Gmelin von Mühlheim. Fel. Elise Frey von Sulz. Dr. R. R. Oberbürgermeister von Karlsruhe. Dr. Heinrich Kasperer, Kfm. von Freiburg. Dr. W. Mayer, Kfm. von Stuttgart. Dr. Weber, Kfm. von Heidelberg. Dr. Joh. Jenewein, Kfm. von Offenburg. Dr. B. J. Baillan, Professor Coentey. Dr. Burdhardt-Burthard von Basel. Dr. Dr. Kautz, Oberamtmann a. D. von Karlsruhe. Dr. Meyer-Reiter, Kfm. von Basel. Dr. C. D. Schneider von Freiburg. Dr. Emil Haas, Fab. von Carr. Dr. Rud. Buringer, Rektor von Winterfeld. Dr. Wils, Brau, Kfm. von Frankfurt a. M. Frau Baronin v. Klippen nebst Freifräulein v. Klippen von Emsbüchel. Frau C. Ullmann von Karlsruhe. Frau G. Hofräthin v. Henin von Gannstadt. Dr. Fischer von Karlsruhe. Dr. Dr. Jittel, Defan von Heidelberg. Dr. Fr. Made mit Familie, Baurevisor von Braunschweig. Dr. Louis Schärer mit Tochter von Karlsruhe. Dr. Hofmann mit Familie, Fellschneider von Schmiedheim. Dr. Faver Klein von Freiburg. Dr. Schwebel von Straßburg. Frau Helene Rosenfeld, Banquieres Gattin von Stuttgart. Frau Maria Marie von Siebenthal. Dr. Joh. Günter, Bauer von Lembach. Dr. Joachim Kiefer, Müller von Schoßheim. Frau Lehmann mit Tochter von Gannstadt.

Fris Öringer, Badegewässer.

3.r.868.

3.r.746. Illingen, Oberamt Kallat.

Aufstellung des Lagerbuchs.

Alle Liegenschaften in obiger Gemarkung sind in dem aufgestellten Lagerbuche beschrieben, und dasselbe ist, gemäß Artikel 12 der Verordnung vom 26. Mai 1857 (Reg.-Blatt 1857, Nr. 21, Seite 221), vom 1. Juli d. J. an während zweier Monate auf dem Gemeindehaus daselbst zu Jedermanns Einsicht aufgelegt; was mit der Aufforderung öffentlich bekannt gemacht wird, daß etwaige Einwendungen gegen den Inhalt der eingetragenen Beschreibungen der Liegenschaften und ihrer Rechtebeschaffenheit innerhalb jener Frist dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzutragen sind.

Illingen, den 26. Juni 1865.

Brügger, Bezirksgeometer.

„Ausruf zur Bewerbung.“

Für einen größeren Herrschaftsbereich, hauptsächlich aus land- und forstwirtschaftlichen Komplexen bestehend, wovon die ersteren in Zeit-Racht verfallen, die letzteren aber von forsttechnischen Beamten verwaltet werden, wird ein Administrator gesucht, welcher die Gesamtverwaltung zu führen hätte. Bewerber, welche sich über gründliche wissenschaftliche Ausbildung im Kameralfach und über Erhebung einer Staatsdienstprüfung mit gutem Erfolg auszuweisen vermögen, würden vorzugsweise Berücksichtigung finden können. Neben dem Anspruch auf Pension, Wittwengeld und Waffenunterstützungsbeiträge, und neben dem Gewinne freier Dienstwohnung mit Gartenanbau würde einem in jeder Beziehung qualifizierten Bewerber ein dem Gehalt eines höheren Staatsbeamten nicht nachstehender, gegenständig zu vereinbarendes Gehalt bewilligt werden können.

Ausfragende erfahren die Adresse des Herrschaftsbefizers, an dem die Gesuche zu richten wären, und von welchem die weiteren Aufschlüsse erteilt werden, bei der Expedition dieses Blattes.

3.r.871.

Anerbieten.

3.r.849. Ein ev. Geistlicher, nicht fern von Karlsruhe, ist erbdig, einige Knaben, die zur Erholung einen Landausenthalt machen sollten, in sein Haus aufzunehmen und zu beschäftigen. Näheres bei der Expedition d. Bl.

Offene Lehrstuhlsstelle.

3.r.869. Ein junger Mann mit entsprechenden Vorkenntnissen könnte bis Herbst unter angenehmen Bedingungen in einer frequenten Apotheke des bad. Oberlandes in der Lehre treten. Auskunft erteilt die Expedition dieses Bl.

Stellegesuch.

3.r.904. Ein gelehrtes Frauenzimmer aus guter Familie sucht eine Stelle als Beschäftigte oder Hauswirthin in einem guten, achtbaren Hause. Gefällige frankirte Offerte unter S. E. befördert die Expedition dieses Blattes.

3.r.799. Gernersheim.

Für Jäger!

Ein **Hu**, **Kuf**, ist mit Zubehör um 20 fl. zu verkaufen bei Gutmacher **Wiedemann** in **Gernersheim**.

3.r.866. Evangelische Kirche in Konstanz.

Donnerstag den 6. Juli, Morgens 9 1/2 Uhr, soll die Feier der Grundsteinlegung für die zu erbauende evangelische Kirche in Konstanz stattfinden. Zu persönlicher Theilnahme ladet hierdurch brüderlich ein, Der Kirchengemeinderath.

3.r.854. Gaswerk Konstanz.

Bei der heute vor Notar und Zeugen und in Gegenwart des Obligationen-Komitee's auf dem Bureau der Gasfabrik vorgenommenen Zeichnung wurde Nr. 116 unserer hiesigen Gas-Obligationen durch das Loos zur Heinzahlung bestimmt. Die Einlösung dieser Obligation erfolgt nach § 6 der Statuten am 2. Januar 1866, Nachmittags 2 Uhr, auf unserm Bureau hiersebst. Konstanz, den 30. Juni 1865.

Kanpp, Doelling & Comp.

Unserordentliche Generalversammlung.

3.r.856. Am 7. August d. J., Vormittags 9 Uhr, findet eine Treppe hoch, im Hause Nr. 38 der Kronenstr. zu Karlsruhe, eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der concessionirten Gesellschaft für den Abbau der Silber- und Bleibminen im Großherzogthum Baden wegen Abänderung von § 26 der Statuten von 1852 statt.

3.r.905. R a f a t t.

Basler Transport-Verficherungs-Gesellschaft.

Grundkapital 5,000,000 Franken.

Die Gesellschaft versichert unter den liberalsten Bedingungen und zu den billigsten Prämienhöfen gegen Schaden und Verlust, welche Fahrzeuge oder Güter aller Art bei dem Transport zu Wasser und zu Land betreffen können. Prospekte und Antragsformulare sind bei dem Unterzeichneten unentgeltlich zu erhalten, und erteilt derselbe jede gewünschte Auskunft und vermittelt die Versicherung.

Rafatt, im Juli 1865.

Gustav Altshul, Agent der Basler Transport-Verficherungs-Gesellschaft.

3.r.493. Karlsruhe. **Münchener Lagerbier vom Spatenbräu** empfiehlt ein gros **C. Däschner.**

3.r.890. Freiburg. **Liegenschafts-Versteigerung.**

Aus der Verlassenschaft der Frau Wittwe Kunigunde Sader, geb. Faller, Gastwirthin zum Schiff dahier, werden, auf Antrag der sämmtlich im Auslande wohnenden Erben, am **Donnerstag den 20. Juli 1865, Vormittags 9 Uhr,** in dem Rathhaus dahier öffentlich an den Meistbietenden versteigert:

1) Das Gasthaus zum Schiff, Nr. 30 in der Viehre dahier, mit Realwirthschaftsgerechtigkeit, Scheuer, Stallungen und ungefähr ein Morgen zwei Viertel Garten, Pflanz und Feld bei dem Hause, tarirt zu 23,000 fl.

2) Ferner ca. 5 1/2 Morgen Wiesen in drei Parzellen und ca. 8 Morgen Ackerfeld in vier Parzellen, tarirt 10,140 fl. Ausrufpreis . . . 14,000 fl.

Das Gasthaus zum Schiff, an der Straße in das Hölthental, ist etwas über eine Viertelstunde von der Stadt Freiburg entfernt und mit dieser, außer der Landstraße, durch schattige Anlagen und Fußwege verbunden. Die dazu gehörigen vorzüglichen Acker und Wiesen liegen größtentheils ganz nahe bei den Wirthschafts- und Oekonomiegebäuden.

Die Gastwirthschaft, welche bisher mit dem besten Erfolg betrieben wurde, erfreut sich einer zahlreichen regelmäßigen Kundschaft und bildet einen Hauptverdienstposten im Holzhandel.

Der Verkauf findet ohne jeden Vorbehalt statt, wenn im Ganzen mindestens die Summe von 34,000 fl. erlöset wird; andernfalls erfolgt der Zuschlag nur mit Vorbehalt der Genehmigung.

Die Versteigerungsbedingungen sind in Hölzlein bei Herrn Friedrich Faller und dahier bei Herrn Oberamtmann von Jagemann und bei dem Unterzeichneten zur Einsicht aufgelegt.

Freiburg, den 19. Juni 1865. Der groß. Notar **R. Müller.**

3.r.896. Karlsruhe. Fahrniß-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden die zur Gantmasse des Vergobers Adam Ulland hier gehörigen Fahrniße im Rathhaus dahier gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert, und zwar am **Donnerstag den 6. Juli 1865, Nachmittags 2 Uhr,** am **Freitag den 7. Juli, Nachmitt. 2 Uhr,** Bettung, Weisung, Schreinerwerk, darunter namentlich ein Baarenschrank und ein Sekretär.

Karlsruhe, den 29. Juni 1865. Diehm, Gerichtsvollzieher.

3.r.903. Nr. 136. Durlach. Pferdversteigerung.

Donnerstag den 6. d. M., Vormittags 11 Uhr, wird auf dem hiesigen Schlosspflanz ein auf Land verstelltes Artilleriepferd gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert. Durlach, den 2. Juli 1865.

Verrechnung des groß. Jäger-Batallions.

3.r.901. Nr. 2968. Offenburg. Pferdversteigerung.

Dienstag den 11. Juli 1865, Vormittags 10 Uhr, werden vor dem hiesigen Rathhaus drei Militärpferde (Wallachen von 15 und 16 Jahren) gegen Baarzahlung öffentlich versteigert; wozu Kaufliebhaber eingeladen werden. Offenburg, den 1. Juli 1865.

Großh. bad. Obergemeinder. **Waler.**

3.r.762. Nr. 4443. Schwellingen. Pferdversteigerung.

Donnerstag den 6. Juli d. J., Nachmittags 2 Uhr, werden vor dem Gasthaus zum Erbspringen dahier zwei Militärpferde öffentlich gegen gleich baare Zahlung versteigert. Schwellingen, den 26. Juni 1865.

Großh. Obergemeinder. **Knauff.** **Häner.**

3.r.862. Donaueschingen. Gebäudeverkauf.

Das J. g. Rinsler'sche Haus an der Joseph-Straße, ganz in der Nähe des künftigen Bahnhofes zu Donaueschingen gelegen, zweistöckig, von Stein gebaut, 6 Zimmer, einige Dachkammern, 2 Küchen und 1 Keller enthaltend, mit 22 Rth. Garten dabei, wird **Dienstag den 18. Juli d. J., Abends 5 Uhr,** im Gasthaus zur Post dahier wiederholt öffentlich versteigert werden. Fürsichlig Fürstend. Rentamt Donaueschingen.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

3.r.865. Nr. 365. Bonndorf. Versteigerung von Wegarbeiten.

Die Wegarbeiten in den hiesigen Domänenwaldungen, veranschlagt zu 4460 fl. werden **Sonntag den 15. Juli d. J., in der Steinmühle bei Bonndorf, Vormittags 9 Uhr,** in schicklichen Loosen öffentlich an den Wenigstnehmenden versteigert werden.

Fremde Steigerer haben sich mit Reumunds- und Vermögenszeugnissen zu versehen. Bonndorf, den 30. Juni 1865.

Großh. bad. Bezirksforst. **Ganter.**

3.r.858. Kappelwinden. Affordbegebung.

Die Reparatur am Kirchthum in Kappelwinden, bestehend in Schieferbedeckung im Kostenüberschlag von 367 fl. 8 Kr., soll in Afford gegeben werden, wozu Tagfahrt auf **Sonntag den 8. Juli d. J., Morgens 10 Uhr,** festgesetzt ist. Kostenüberschlag kann bis dahin auf dem Rathhaus eingesehen werden. Kappelwinden, den 30. Juni 1865.

Gemeinderath. **Eigen, Bürgermeist.**

3.r.697. Nr. 5816. Offenburg. (Aufhebung der Leihung.)

Am 19. Juni wurde bei der Schöffe eine mündliche, schon in Verweisung übergebenen Leihung aus dem Hofen aufgehoben, bestehend mit alten, blauen Vordachböden, ledernen Gürtel und weißem Hemd ohne Zeichen. Diefelbe war von kräftigen, gedrungnen Bau, mit braunen Koffbaaren, bartlosen Gesicht, in einer Größe von 5' 5 bis 7" und ungefähr 28 bis 35 Jahre alt.

Wir bitten um Auskunft über den Unbekannten. Offenburg, den 29. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Montfort.**

3.r.701. Nr. 45442. Freiburg. (Bekanntmachung.)

Maria Maier von Haigerloch ist angeheiratet, am 14. Mai d. J. in der Kapelle des Mutterhauses dahier vier Söhne und Erbprinzgebühren, zusammen im Werth von 11 fl. 36 Kr., entwendet und damit sich des Bergens des dritten Diebstahls und dritten Rückfalls in dieses und des ersten Rückfalls in ein gleichartiges Vergehen schuldig gemacht zu haben. Derselbe wird aufgegebun, sich **innen 4 Wochen** über diese Beschuldigung dahier zu verantworten, in dem sonst nach dem Ergebnis der Untersuchung das Urtheil erlassen werden soll. Freiburg, den 29. Juni 1865.

Großh. bad. Amtsgericht. **B. B. R. Baer.**

3.r.708. Nr. 11,928. Bruchsal. (Aufforderung und Forderung.)

Unterleher Wilhelm Kuhn von Hardeheim ist der Unzucht mit Kindern, Verleumdung der Verführung von Kindern zur Unzucht unzüchtiger Handlung angeklagt und hat sich heimlich aus seinem früheren Wohnort Dörsch entzogen.

Derselbe wird deshalb aufgefordert, sich **innen 5 bis 14 Tagen** dahier zu stellen und wegen des oben bezeichneten Vergehens zu verantworten, indem andernfalls das Urtheil nach Lage der Akten gefällt werden würde.

Man ersucht die betreffenden Gerichte und Polizeistellen, auf den Unterleher Kuhn, dessen bermaliger Aufenthaltsort unbekannt ist, fahnden und denselben, falls er betreten wird, verhaften und hierher einlefern zu lassen.

Zugleich wird gegen den Angeklagten die Vermögensbeschlagnahme erlannt. **Perlonbesreibung.**

Der Angeklagte ist 21 Jahre alt, 5' 6" groß, von starkem Körperbau und gelber Gesichtsfarbe, hat schwarze, steife Haare, schwarze Augenbrauen und Augen, schwarze Schmirbärchen, niedere Stirne, gedübelten Mund und Nase, schwarze Zähne, etwas auswärts gebogene Knie und hängt beim Gehen stark nach vorwärts.

Bruchsal, den 30. Juni 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **Dr. Schmitt.**

3.r.712. Nr. 13,300. Heidelberg. (Aufforderung.)

Leobias Sanz von Kirchheim, Dragoner bei großh. 2. Dragonerregiment Margraf Maximilian, hat sich am 13. d. M. ohne Erlaubniß aus seiner Garnison entzogen.

Derselbe wird hierdurch aufgefordert, sich **innen 6 Wochen** bei dießemem Bezirksamt oder bei dem Kommando des großh. 2. Dragonerregiments in Karlsruhe zu stellen, widrigenfalls gegen ihn die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Desertion befragt würde.

Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlag belegt. Heidelberg, den 28. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Dr. Arnéberger.**

3.r.861. Nr. 1482. Karlsruhe. (Urtheil.)

In Sachen der Ehefrau des Christof Reiß, Luise, geborne Mertel, in Ringelheim, Klägerin, gegen ihren Ehemann Christof Reiß daselbst, Beklagten, wegen Vermögensabsonderung, wird auf gegliederte Verhandlungen zu Recht erkannt: Die Klägerin Ehefrau sei für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes zu trennen; auch habe letztere sämtliche Kosten dieses Rechtsstreits zu tragen. Dies wird den etwaigen Gläubigern des Beklagten hiermit bekannt gemacht. Karlsruhe, den 17. Juni 1865.

Großh. Kreis- und Hofgericht. **H. Civilkammer. Reiner.**

3.r.899. Ettlingen. (Erledigte Stelle.)

Durch Beförderung unseres erhen Beschilfen ist dessen Stelle mit einem jährlichen Gehalte von 500 fl. erledigt und soll sogleich oder längstens binnen 3 Monaten wieder besetzt werden.

Bewerber aus der Zahl der Kameralassistenten wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse in Wäde anher melden. Ettlingen, den 2. Juli 1865.

Großh. Ettlingen-Verwaltung. **E. G. S.**